



Protokoll der 12. Sitzung des Einwohnerrates

vom 27. November 2013, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 38 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglieder Meret Franke und Lorenz Rudin

Traktanden

Laufnummer

Traktandenliste

Einstimmig beschliesst der Rat, dass die dringliche Interpellation „Verzögerungen beim Quartierplan Ziegelhof“ (Nr. 2013/93) an der heutigen Sitzung behandelt wird.

- | | | |
|----|---|---------------------|
| 1. | Dringliche Interpellation „Verzögerung beim Quartierplan Ziegelhof“ von Hanspeter Meyer der SVP-Fraktion und Pascal Porchet der FDP-Fraktion
<i>Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.</i> | 2013/93 |
| 2. | Protokoll der Ratssitzung vom 30. Oktober 2013
<i>://: Das Protokoll wird mit der beantragten Berichtigung genehmigt.</i> | - |
| 3. | Ersatzwahl/en in einwohnerrätliche Kommission/en
<i>://: Wahl von Georg Ambühl (SVP) als ordentliches Mitglied in die GOR und als Ersatzmitglied in die GPK.</i> | 2013/91 |
| 4. | Quartierplanvorschriften Grienmatt
<i>://: Überweisung einstimmig an die BPK zur Vorberatung.</i> | 2013/92 |
| 5. | Geschäftsreglement Einwohnerrat – Bericht der Kommission Gemeindeordnung und Reglemente (GOR) betreffend Teilrevision des Geschäftsreglementes des Einwohnerrates
<i>://: Einstimmige Genehmigung von revidiertem ER-Geschäftsreglement unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen.</i> | 2013/56
2013/56a |
| 6. | Infrastrukturbeitrag – Schriftlicher Bericht Stadtrat zur Interpellation der Bau- und Planungskommission (BPK) betreffend Infrastrukturbeitrag bei Bauten mit erhöhten Nutzungsmöglichkeiten
<i>Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.</i> | 2013/64
2013/64a |
| 7. | Waffenplatz – Schriftlicher Bericht Stadtrat zur Interpellation von Stefan Fraefel der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend der Zukunft des Waffenplatzes Liestal
<i>Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.</i> | 2013/72
2013/72a |
| 8. | Photovoltaik - Interpellation betreffend Photovoltaik auf gemeindeeigenen Gebäuden von Jürg Holinger der Grünen Fraktion
<i>Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.</i> | 2013/79 |

- | | | |
|-----|--|---------------------|
| 9. | Fragestunde
<i>In der Fragestunde werden vom Stadtrat 14 Fragen der Ratsmitglieder beantwortet.</i> | - |
| 10. | Bücheliplatz - Postulat der einwohnerrätlichen Fraktionen betreffend Befreiung des Bücheliplatzes vom Durchgangsverkehr
<i>://: Das Postulat wird einstimmig an den Stadtrat überwiesen.</i> | 2013/83 |
| 11. | Veloverkehr Tiergartenstrasse - Postulat betreffend Verkehrsführung Veloverkehr Tiergartenstrasse von Jürg Holinger namens der Grünen Fraktion
<i>://: Das Postulat wird mit 16 Ja-Stimmen gegen 19 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen nicht an den Stadtrat überwiesen.</i> | 2013/84 |
| 12. | KITAS - Interpellation „KITAS – wie weiter?“ von Erika Eichenberger der Grünen Fraktion und Patrick Mägli der SP-Fraktion
<i>Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.</i> | 2013/85 |
| 13. | Warenmarkt - Interpellation „Warenmarkt in Liestal – manövriert sich Liestal hier ins abseits?“ von Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion
<i>Vertagt wegen Zeitmangel.</i> | 2013/86 |
| 14. | Fonds – Schriftliche Beantwortung der Interpellation betreffend Verzeichnis der privatrechtlichen Zweckbindungen von Fonds von Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion
<i>Vertagt wegen Zeitmangel.</i> | 2013/87
2013/87a |
| 15. | Sammelbehälter Aludosen und PET-Flaschen - Interpellation betreffend Sammelbehältern für Aludosen und PET-Flaschen von Anna Ott der Grünen Fraktion
<i>Vertagt wegen Zeitmangel.</i> | 2013/88 |
| 16. | Quartierplan Rebgarten - Interpellation betreffend Quartierplan Rebgarten von Pascal Porchet der FDP-Fraktion
<i>Vertagt wegen Zeitmangel.</i> | 2013/89 |
| 17. | Deponie - Interpellation betreffend Deponien in Liestal von Lisette Kaufmann der Grünen Fraktion
<i>Vertagt wegen Zeitmangel.</i> | 2013/90 |

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) begrüsst die Ratsmitglieder, Gäste und Medienvertreter zur heutigen Sitzung und verliest die Liste der entschuldigten Ratsmitglieder.

Mitteilungen des Ratsbüros

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) orientiert kurz über einige Punkte sowie wichtige Beschlüsse der letzten Bürositzung:

- An der heutigen Sitzung dürfen speziell die zwei neuen Ratsmitglieder Georg Ambühl (SVP) und Max Schäublin (FDP) zu ihrer ersten Einwohnerratssitzung begrüsst werden.
- Der an der heutigen Sitzung abwesenden Meret Franke (GL) wird zur Geburt ihrer Tochter Eva Lotta gratuliert und der jungen Familie für die Zukunft alles Gute gewünscht.
- Mit Schreiben vom 18.11.2013 hat Erika Eichenberger (GL) ihren Rücktritt aus dem Einwohnerrat per 31.12.2013 erklärt. Das Demissionsschreiben wird verlesen. Die offizielle Verabschiedung findet an der nächsten Ratssitzung statt.
- In der letzten Ratssitzung wurden einige Mitarbeitende der Stadt namentlich erwähnt und man hatte sich auch teilweise zu diesen Personen geäussert. Die Ratsmitglieder werden gebeten, auf despektierliche Äusserungen zu Angestellten zu verzichten, da sich diese beispielsweise auch nicht an den Ratssitzungen wehren können.
- Gestützt auf den Rückmeldungen der Fraktionen und § 44 des Geschäftsreglementes werden bei neuen Vorstössen ab sofort nur noch Originalunterschriften akzeptiert.
- Hingegen wird es akzeptiert, dass Kommissionsberichte mit elektronischen Unterschriften versehen werden.
- Wegen einem Auslandsaufenthalt und Studium ist das Dispensationsgesuch von Ratskollegin Anna Ott (GL) für die Zeitspanne von anfangs Januar bis Mitte Juni 2014 bewilligt worden.

Tischpapiere

Den Ratsmitgliedern sind folgende Tischpapiere verteilt worden:

- Stimmzettel, gelb
- Neue Vorstösse bzw. Vorlagen Nr. 2013/93 – Nr. 2013/96
- Flyer Weltküche-Anlass vom 07.12.2013

Stimmzähler/innen

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmzähler/innen bestimmt:

- | | |
|-------------------------|--|
| - Denise Meyer (SVP) | Seite A (SP, GL) |
| - Sabine Sutter (FDP) | Seite B (SVP, CVP/EVP/GLP) |
| - Fabian Eisenring (SP) | Seite C (FDP) + Präsidium, Referent/in |

Neue persönliche Vorstösse

- Dringliche Interpellation betreffend Verzögerung beim Quartierplan Ziegelhof von Hanspeter Meyer der SVP-Fraktion und Pascal Porchet der FDP-Fraktion (Nr. 2013/93)
- Postulat betreffend altersgerechten Turnhalle für die oberen Primarklassen des Gestadeckschulhauses von Thomas Eugster der FDP-Fraktion (Nr. 2013/94)
- Interpellation „Sanierung H2-Umfahrung Liestal und Neubau Zentrumsanschluss – wie weiter?“ von Thomas Eugster der FDP-Fraktion (Nr. 2013/95)
- Interpellation betreffend provisorischen Parkplätzen beim Brodtbeck-Areal von Lisette Kaufmann und Jürg Holinger namens der Grünen Fraktion (Nr. 2013/96)

Mitteilungen des Stadtrates

Stadtrat Peter Rohrbach informiert darüber, dass sich heute die Vertragspartner betreffend der Überbauung beim Bahnhof einigen konnten. Mit der Überbauung wird im 2014 begonnen und man rechnet mit einer Bauzeit von rund zwei Jahren.

Traktandenliste

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) führt aus, dass die dringliche Interpellation „*Verzögerungen beim Quartierplan Ziegelhof*“ (Nr. 2013/93) vorgängig der heutigen Ratssitzung als Tischpapier verteilt wurde. Zuerst wird deshalb die Dringlichkeit dieses Vorstosses zur Diskussion gestellt.

Hanspeter Meyer (SVP) erklärt als Mitunterzeichner des Vorstosses, dass die Interpellanten davon ausgehen, dass bei diesem Geschäft etwas völlig schief gelaufen ist und wegen dem Erklärungsbedarf auch die Dringlichkeit gegeben ist.

Stadtpräsident Lukas Ott informiert darüber, dass der Stadtrat die Dringlichkeit des Vorstosses befürwortet und die Fragen auch an der heutigen Sitzung beantworten möchte. Dem Stadtrat wird beliebt gemacht, dass das Geschäft gleich anfangs behandelt wird.

Jürg Holinger (GL) informiert, seine Fraktion unterstütze die Dringlichkeit dieses Vorstosses.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) bemerkt, auch die Mittefraktion unterstütze die dringliche Behandlung des Vorstosses.

Patrick Mägli (SP) teilt mit, auch die SP-Fraktion werde der dringlichen Behandlung des Vorstosses zustimmen.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) kann feststellen, dass bezüglich der Dringlichkeitserklärung der Interpellation Nr. 2013/93 keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Einstimmig beschliesst der Einwohnerrat, dass die **Interpellation betreffend der Verzögerung beim Quartierplan Ziegelhof (Nr. 2013/93)** dringlich an der heutigen Sitzung zu behandeln ist.

135 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Quartierplan Ziegelhof – Dringliche Interpellation betreffend Verzögerung beim Quartierplan Ziegelhof von Hanspeter Meyer der SVP-Fraktion und Pascal Porchet der FDP-Fraktion (Nr. 2013/93)

Die dringliche Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Hanspeter Meyer (SVP)
Pascal Porchet (FDP)
Einwohnerrat Liestal

15. November 2013

Dringliche Interpellation
Verzögerung beim Quartierplan Ziegelhof

Ausgangslage

Als im letzten Jahr das Liestaler Volk mit grosser Mehrheit **Ja** zu dieser Quartierplanung sagte, herrschte so etwas wie Aufbruchstimmung. Mit grossem Engagement haben sich die beiden Interpellanten aktiv für diese Planung eingesetzt. Der BZ-Bericht vom 13.11.2013 ist ein herber Rückschlag, denn bisher wurden immer Einsprachen von Quartierbewohnern als Ursache der Verzögerungen ins Feld geführt. Nun stellt sich aber heraus, dass die Stadt den Quartierplan noch gar nicht an den Regierungsrat weitergeleitet hat.

Was ist seit der Abstimmung geschehen?

Dass für die Aufbereitung solcher umfangreichen Planungsunterlagen eine gewisse Zeit benötigt wird ist unbestritten. Was wir aber nicht nachvollziehen können ist die Tatsache, dass die Stadt resp. die Verwaltung diesem bedeutenden Zukunftswerk für Liestal nicht oberste Priorität eingeräumt haben. Anders ist es nicht zu erklären, dass eine Tageszeitung herausfinden musste, der Ball liege bei der Stadt. In den letzten Monaten sind diesbezüglich gewisse Widersprüche aufgetreten. An der BPK-Sitzung vom 26. August 2013 gab der Departementsvorsteher bekannt, für die Stadt sei die Behandlung des QP Ziegelhof momentan beendet. Jetzt müsse der Entscheid des Regierungsrates abgewartet werden. Sobald Neuigkeiten vorhanden sind, werde die Kommission informiert. Auf eine erneute Nachfrage in der BPK vom 11. November 2013 erklärte SR P. Rohrbach, dass die Stadt ihre Hausaufgaben gemacht habe. Hier drängen sich deshalb einige Fragen auf.

Fragen

1. Welche Priorität hat der QP Ziegelhof bei der Stadtverwaltung?
2. Was ist der Grund für die massiven Verzögerungen?
3. Wie unterstützt die Stadt das weitere zügige Vorgehen?
4. Ist der Stadtrat bereit, den Einwohnerrat und die Öffentlichkeit künftig rasch und umfassend über den Stand dieses Projektes zu orientieren?

Pascal Porchet (FDP) hält als Interpellant fest, dass er die Prozessabläufe der Stadt nicht verstehe. Erfreulicherweise kommt ein Investor auf die Stadt zu und es wird ein QP initiiert, welcher dann von der BPK des Einwohnerrates an mehreren Sitzungen behandelt wird, bevor dieser Einwohnerrat nach der 2. Lesung beschlossen wird. Die BPK möchte aber auch dann im Anschluss wissen, wie der Stand der beschlossenen QP's ist und deshalb informieren Stadtrat und Verwaltung unter dem Traktandum „Neuigkeiten aus Verwaltung und Politik“ eingangs den BPK-Sitzungen beispielsweise auch über den Stand der Dinge bei bereits verabschiedeten Quartierplanungen usw. So ist die BPK an ihrer August-Sitzung darüber in Kenntnis gesetzt worden, dass bzgl. dem QP Ziegelhof alles auf der Schiene sei. Es er-

staunte dann schon, dass von öffentlicher Seite andere Äusserungen gemacht werden, die in einem Widerspruch zu denjenigen des Stadtrates in der BPK stehen. Dies ist der Grund, weshalb die Interpellation mit den 4 Fragen eingereicht wurde. Die Stadt Liestal hat ein Gewicht und eine wichtige Position, die aus ihrer Sicht auch mindestens so wichtig ist, wie die des Investors. So verstehe er es nicht, wie gewisse Lücken überhaupt entstehen können. Und er versteht auch die Hektik und den Mailverkehr während des letzten Wochenendes nicht, welcher im Zusammenhang mit einer neuen Quartierplanung entstanden ist, nur weil ein Investor kurzfristig in der BPK sein Projekt vorstellen wollte.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) unterbricht den Interpellanten kurz und meint, dass diverse Punkte geklärt sein dürften, nachdem der Stadtrat zum Vorstoss Stellung genommen hat.

Pascal Porchet (FDP) führt aus, dass er im Moment keine weiteren Ausführungen machen möchte und nun gespannt auf die stadträtlichen Antworten betreffend den Fragen der Interpellanten sei.

Stadtrat Peter Rohrbach nimmt anhand von Hellraumfolien zur Interpellation Stellung: Nach der Volksabstimmung vom 23.09.2012 mussten nach der Planaufgaben verschiedene Einsprachen behandelt werden, bevor die Unterlagen am 29.05.2013 dem Kanton als zuständige Stelle überwiesen wurden. Mit E-Mail vom 20.06.2013 hatte der Grundeigentümerversorger sein Einverständnis betreffend dem QP-Vertrag Ziegelhof bestätigt. Gemäss E-Mail vom 28.06.2013 des beauftragten Planungsbüros Holzemer GmbH durfte man mit einer Genehmigung des QP-Vertrages im September 2013 rechnen. Nachher sind aber neue Diskussionen wegen der Erschliessung sowie nötigen Landabtretungen von total rund 100m² bei der Gerberstrasse entstanden, so dass der QP-Vertrag dem Kanton erst am 20.11.2013 zugestellt werden konnte. Mit E-Mail vom 20.11.2013 ist ihm von Herrn Christoph Stutz als Investoren-Vertreter bestätigt worden, dass die Zusammenarbeit mit der Stadt sehr gut war und er sich auch für den guten Gesprächston und die lösungsorientierte Grundhaltung bedankte. Verbesserungen sind natürlich auch noch möglich und so müsste sich die Stadt noch besser überlegen, was denn bei einem QP wichtig ist. Immer wieder hatte er unter anderem auch in der BPK gesagt, dass es noch Diskussionen zwischen den Grundeigentümern und dem Kanton gebe. Und der Begriff „Kanton“ führt beispielsweise im Zusammenhang mit Quartierplanverfahren zu Missverständnissen, denn darunter kann man den Regierungsrat, das Amt für Raumplanung, das Tiefbauamt usw. verstehen. Und so muss man künftig wohl genauere Angaben machen, bei welcher kantonalen Stelle noch Pendenzen vorhanden sind, damit keine Missverständnisse aufkommen können. Die Fragen der Interpellanten kann er wie folgt beantworten:

Antwort zu Frage 1: Alle Anliegen, die von Investoren an die Stadt herangetragen werden, werden vom Stadtrat und auch der Verwaltung prioritär behandelt. Betrifft dies nun den QP Ziegelhof, den QP Weierweg, den QP Rebgarten, den QP Grienmatt oder aber auch die neu Gestaltungsbaulinie beim alten Manor-Gebäude.

Antwort zu Frage 2: Gemäss dem soeben vorgestellten Terminplan und zeitlichen Ablauf sind keine Gründe bekannt geworden, mit welchen massiven Verzögerungen begründet werden könnten.

Antwort zu Frage 3: Der nächste Schritt beim QP Ziegelhof wird ja die Baugesuchseingabe sein und dabei besteht auch der Rechtsanspruch für eine Behandlung innert vorgegebenen Fristen. Dieser Prozess wird ebenfalls vom Stadtrat begleitet und unterstützt.

Antwort zu Frage 4: Quartierplanverfahren sind öffentliche Prozesse und so werden auch beim neuen QP Grienmatt bzw. der ER-Vorlage Nr. 2013/92 die Termine des Prozesses nach aktueller Einschätzung aufgezeigt. Diese werden zusammen mit den Investoren laufend abgeglichen und nachgeführt.

Jürg Holinger (GL) nimmt Bezug auf die Debatte an der letzten Ratsitzung betreffend dem Gratis-Parkieren und stellt fest, dass immer wieder gesagt wurde, man müsse zum Standort Liestal und seinem Ruf doch Sorge tragen. Aber eine ganz schlechte Marketing-Botschaft war dann aber doch ein kürzlich erschienener Leserbrief, welcher mit Halbwahrheiten und unbegründeten Vorwürfen an den Stadtrat gespickt war. Mit diesem wurde der Öffentlichkeit vermittelt, dass in Liestal eigentlich alles schief laufe. Auf Kosten einer billigen Oppositionspolitik hatte man dabei mit dem guten Ruf von Liestal gespielt. Er findet es auch richtig und in Ordnung, dass man sich mit einer Interpellation nach dem Stand eines Sachgeschäftes erkundigt. Warum muss man denn aber zuerst einen Leserbrief schreiben, bevor man die diesbezüglichen Fragen in einem Vorstoss stellt? Der umgekehrte Weg wäre auch in diesem Fall sicher auch eine Lösung gewesen. Der sorgfältige Umgang mit Formulierungen ist heute bereits erwähnt worden und sollte auch für alle hier im Saal gelten. Auch finde er es nicht in Ordnung, dass die Interpellation mit Vorwürfen an den Stadtrat garniert werden anstatt schlicht und einfach die Fragen zu formulieren. Interessant ist es doch, dass die Investoren angeblich doch mit der Arbeit des Stadtrates und der Verwaltung zufrieden sind. Der Stadtrat hatte sich ja im Abstimmungskampf betreffend dem QP Ziegelhof ganz stark und ausgeprägt für das Projekt eingesetzt. Und so gibt es doch überhaupt keinen Grund, weshalb dieselben Stadtratsmitglieder heute dieses Projekt nun verzögern sollten.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) hält fest, dass der Pressebericht doch zu einer allgemeinen Verunsicherung geführt habe. Sie bedanke sich deshalb für die Ausführungen und Antworten des Stadtrates.

Peter Küng (SP) unterstreicht die Ausführungen des Fraktionssprechers der Grünen. Auch seine Fraktion ist dankbar dafür, dass die offenen Fragen im Zusammenhang mit der vorliegenden Interpellation beantwortet werden konnten. Die vom Stadtrat dargelegte Sachlage hätte man wohl auf Anfrage auch gegenüber der Presse gemacht.

Pascal Porchet (FDP) bedankt sich als Interpellant für die Beantwortung der Fragen durch den Stadtrat, mit welchen er auch zufrieden ist. Er selbst wird für sich mitnehmen, dass künftig das BPK-Traktandum „Neuigkeiten aus Verwaltung und Politik“ mehr gewichtet wird, damit im Einwohnerrat keine Kommissionsarbeit gemacht werden muss. Auf das Votum von Jürg Holinger der Grünen Fraktion möchte er gar nicht eingehen, denn dieser hat anscheinend nicht verstanden, was die Interpellanten mit ihrem Vorstoss wollten.

Hanspeter Meyer (SVP) ergänzt, dass auch er sich als Interpellant für die stadträtliche Stellungnahme bedanke. Den Interpellanten ist es nicht darum gegangen, jemanden in die Pfanne hauen zu wollen. Auch wäre es zu erwarten gewesen, dass man auf den Pressebericht vom 13.11.2013 umgehend reagiert hätte. Denn damit wären viele Missverständnisse aus dem Raum geschafft worden und vermutlich wäre auch kein Vorstoss mehr eingereicht worden. Und Vorwürfe an die Interpellanten, wie ein Vorstoss formuliert werden soll, möchte er stehen lassen, denn man könnte ja wohl jeden Vorstoss kritisieren. Die Ziegelhof-Überbauung ist für Liestal sehr wichtig, welche auch nicht unbedingt mit anderen Quartierplanungen verglichen werden kann. Und gerade weil dieses Geschäft so wichtig ist, sollt der Information und Kommunikation die gebührende Beachtung geschenkt werden.

Beat Gränicher (SVP) hält fest, dass Stadtrat Peter Rohrbach wohl ein Weltmeister im Vorschleichen von Folien mit vielen Angaben und Zahlen ist. Tatsache ist aber, dass er sich an der August-Sitzung der BPK nach dem Stand des QP Ziegelhof erkundigt hatte. Dabei habe er von ihm die Antwort erhalten, dass die Stadt alles gemacht habe, was sie machen musste und nun der Ball beim Regierungsrat liege. Und basierend auf dieser Falschaussage hatte er nun während mehreren Monaten seine Kundschaft angelogen, die sich bei ihm nach dem aktuellen Stand des Ziegelhof-Projektes erkundigt hatten. Hätte er die heutige stadträtliche Antwort schon in der BPK-Augustsitzung so ausführlich erhalten, so hätte er sich auch gegenüber Dritten ganz anders geäußert. Es ist doch auch in der Politik wichtig, dass man

sein Gegenüber für voll nimmt. Und die Aussage, dass die Sonne immer wieder hinter dem Berg hervorkommt, hat sich auch heute wieder bestätigt.

Stadtrat Peter Rohrbach legt dar, dass er die Diskussionen mit dem Kanton bei seinen früheren Antworten und Aussagen nicht ausgeklammert habe. Nach dem Erscheinen des Presseberichtes am 13.11.2013 und dem Leserbrief vom 15.11.2013 in der Basellandschaftlichen Zeitung habe er sich auch überlegt, was die Stadt unternehmen soll. Zuerst musste sich auch die Verwaltung wieder eine Übersicht verschaffen, bevor man den Investor als Cross-check kontaktiert hatte. Auch musste er sich Informationen betreffend den kantonsinternen Abläufen und Zuständigkeiten im Zusammenhang mit QP-Verfahren beschaffen und Fakten zusammentragen. Spontan konnten Stadtrat und Verwaltung deshalb gar nicht auf den Zeitungsbericht sowie den Leserbrief innert wenigen Tagen reagieren. Die Mitarbeitenden Heinz Plattner, Brigitte Bauer und Doris Thommen vom Stadtbauamt haben die Fäden im Griff und können auch laufend sagen, welche Pendenzen von der Stadt noch zu erledigen sind, was aber betreffend dem Handlungsbedarf des Kantons nicht immer möglich ist. Natürlich kann man es probieren, dem Stadtrat oder der Verwaltung etwas anzuhängen, doch wird es für die Quartierplanung Ziegelhof nicht hilfreich sein.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) bittet den Stadtrat, die Medien so zu bedienen, dass diese eine Richtigstellung im Zusammenhang mit Berichterstattungen vornehmen können.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2013/93.

136 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Protokoll der Ratssitzung vom 30. Oktober 2013

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) orientiert, dass das Büro dem Rat gemäss Änderungsantrag von Ratsmitglied Walter Leimgruber (SP) die Protokollgenehmigung mit folgender Berichtigung vorschlägt:

Trakt. 6 / Parkierungsvorschriften - Votum Walter Leimgruber (SP); Seite 321 / 4. Zeile:

... Auch kann es nicht sein, dass die Stadt Subventionen an die Parkplätze leistet, die Private nicht auch leisten wollen, indem sie auf Gebühren verzichten. ...

Der Ratspräsident kann feststellen, dass zum Änderungsantrag des Büros keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Das Protokoll der Ratssitzung vom 19. Dezember 2012 wird mit der beantragten Berichtigung einstimmig genehmigt.

137 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Ersatzwahlen in einwohnerrätliche Kommissionen (Nr. 2013/91)

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) orientiert, dass zuallererst das Eintreten zu beschliessen ist.

://: Das Eintreten wird einstimmig beschlossen.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) kann nach erfolgter Umfrage feststellen, dass keine Wortbegehren angemeldet werden und sich die Ratsmitglieder damit einverstanden erklären können, dass die Wahl offen und gesamthaft erfolgt.

://: Gemäss Wahlvorschlag der SVP-Fraktion werden einstimmig für die restliche Amtsperiode bis 30. Juni 2016 in die einwohnerrätlichen Kommissionen gewählt:

Gemeindeordnung und Reglemente (GOR)

- Georg Ambühl (SVP) anstelle von Andreas Lirgg als ordentliches Mitglied.

Geschäftsprüfungskommission (GPK)

- Georg Ambühl (SVP) anstelle von Andreas Lirgg als Ersatzmitglied.

138 0.01.011.01 Einwohnerrat

4. Quartierplan Grienmatt (2013/92)

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Das Büro schlägt dem Rat die Überweisung der stadträtlichen Vorlage an die BPK vor. Die Fraktionssprecher möchten sich nun äussern, ob das Geschäft direkt beraten oder aber an die BPK zur Vorberatung überwiesen werden soll.

Thomas Eugster (FDP) gibt bekannt, dass sich die FDP-Fraktion ganz klar für eine Überweisung der Vorlage an die BPK ausspreche. Der QP Grienmatt bringt vor allem zusätzliche Wohneinheiten und die Schaffung von zusätzlichem Wohnraum in Liestal dringend nötig. Liestal hat eine der tiefsten Leerstandsquoten bei Miet- und Eigentumswohnungen. Der neue Quartierplan hat gute Chancen und dürfte bezüglich der Umsetzung und Realisierung gar QP's überholen, welche vom Einwohnerrat schon bewilligt wurden. Der QP Grienmatt ist in der BPK bereits vorgestellt worden.

Canan Güngör (SP) informiert darüber, dass auch ihre Fraktion eine Vorberatung der Vorlage durch die BPK befürworte.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Einstimmig wird das Geschäft an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung überwiesen.

Stadtrat Peter Rohrbach meint, dass der QP eine sehr hohe Realisierungschance habe, zumal sich dieser auch strikte an den Masterplan halte, welcher vom Einwohnerrat schon vor Jahren genehmigt wurde. Ihm ist es ein Anliegen, dass dieser QP im Rahmen aller politischen Prozesse förderlich behandelt wird. Auch ist er der BPK dafür dankbar, dass der Investor und Architekt der Kommission das Projekt bereits vorstellen durften. Fragen der BPK sind beim Stadtbauamt einzureichen, damit diese auch baldmöglichst beantwortet werden können und der BPK-Bericht für eine erste und zweite Lesung im Rat bald traktandiert werden kann.

139 0.01.011.01 Einwohnerrat

5. Geschäftsreglement Einwohnerrat – Bericht der Kommission Gemeindeordnung und Reglemente (GOR) betreffend Teilrevision des Geschäftsreglementes (ESL 131.1) des Einwohnerrates (Nr. 2013/56)

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) erklärt, dass das Geschäft an der letzten Sitzung vertagt werden musste.

Markus Rudin (SVP) teilt mit, dass er zu dem an der letzten Sitzung vorgestellten GOR-Bericht keine Ergänzungen zu machen habe.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist und das Geschäft an der heutigen Sitzung behandelt werden kann.

Das Geschäft ist von ihm an der letzten Ratssitzung vom 30.10.2013 wegen einer rechtlichen Unklarheit vertagt worden. Er habe zwischenzeitlich weitere Abklärungen bei Herrn Daniel Schwörer des Kantons getroffen. Das weitere Vorgehen bzw. den Ablauf habe er wie folgt vorgesehen:

- a) Fraktionssprecher
- b) Einzelsprecher
- c) Abstimmung über Anträge der GOR
- d) Abstimmung über Zusatzanträge
- e) Schlussabstimmung

a) Fraktionssprecher

Walter Leimgruber (SP) gibt bekannt, dass es von der SP-Fraktion nichts Neues zu berichten gibt und seine Fraktion auch heute alle Anträge der GOR unterstützen wird.

Lisette Kaufmann (GL) informiert, dass ihrer Fraktion insbesondere die Bildung der neuen Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission, wichtig sei. Auch begrüsst es ihre Fraktion, dass bei den Sitzverteilungen künftig die Wählerstimmen als weitere Parameter hinzugezogen werden können, womit sich erneute Diskussionen erübrigen dürften. Im Zusammenhang mit der Teilrevision des Geschäftsreglementes konnten sich die Fraktionen mehrmals im Büro und auch in der Kommissionsberatung der GOR einbringen, weshalb man Zusatzanträgen der Fraktionen kritisch gegenüber stehe. Den GOR-Anträgen wird man grossmehrheitlich zustimmen, uneinig ist man sich lediglich bei den Anträgen betreffend § 22 bzw. den Kommissionsgrössen.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) berichtet, die Mittelfraktion unterstütze grossmehrheitlich die Anträge der GOR. Seine Fraktion stellt den Antrag, dass bei § 22 Abs. 3 die Mitgliederzahl bei ständigen Kommissionen auf 5 bis 9 Mitglieder festgelegt wird, wie dies vom Büro vorgeschlagen wird. Mit der Teilrevision wird eine neue einwohnerrätliche Kommission geschaffen und die Mehrarbeit verteilt sich auf die gleiche Anzahl an Ratsmitgliedern. Es macht Sinn, dass man betreffend der Grösse der Kommissionen einen grösseren Spielraum hat, indem nicht zwingend jede Kommission aus mindestens 7 Mitgliedern bestehen muss, wie dies von der GOR vorgeschlagen wird.

b) Einzelsprecher

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt nach Umfrage fest, dass sich keine Einzelsprecher zu Wort melden.

c) Abstimmung über Anträge der GOR

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt fest, dass nun über die verschiedenen Anträge gemäss Vorlage Nr. 2013/56a abgestimmt wird und sich die Ratsmitglieder gegebenenfalls noch immer zu den Anträgen äussern können.

- **§ 15 – Entschädigung**
(Entschädigungsfestlegung auf Antrag der FIKO)

://: Den gleichlautenden Anträgen des Büros und der GOR wird einstimmig zugestimmt.

- **§ 22 – Ständige Kommissionen**
(Kommission SBK, Anzahl Mitglieder, Wahlorgan Präsidium, Amtszeitbeschränkung)

://: Den gleichlautenden Anträgen des Büros und der GOR wird einstimmig zugestimmt: Gemäss § 22 Abs. 2 Bst. e ist die Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission (SBK) eine neue ständige Kommission.

- Anzahl Kommissionsmitglieder gemäss § 22 Abs. 3:

Hanspeter Stoll (SP) hält fest, dass vom Büro und auch der Mittefraktion beantragt wird, dass die ständigen Kommissionen aus 5 – 9 Mitgliedern bestehen sollen.

Walter Leimgruber (SP) meint, im Reglement sollte klar definiert werden, aus wie vielen Mitgliedern jede Kommission bestehen sollte. Der GOR-Antrag für die Festlegung der Kommissionsgrösse auf 7 – 9 Mitglieder entspricht der jetzigen Regelung und dies führt dazu, dass an den jeweiligen Fraktionssitzungen vorgängig der neuen Amtsperiode irgend etwas festgelegt und beschlossen werden kann, da eine klare Regelung fehlt. Die SP-Fraktion ist dafür, dass die Fraktionen in den Kommissionen breit abgestützt sind und deshalb wird man mehrheitlich auch den GOR-Antrag unterstützen.

Daniel Spinnler (FDP) teilt mit, dass sich seine Fraktion für eine Fraktionsgrösse von 7 – 9 Mitgliedern ausspreche, womit auch eine bessere Gewichtung bei den Kommissionen basierend auf den Fraktionsgrössen möglich ist.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) warnt davor, das jetzige Verhältnis im Einwohnerrat auf das Reglement anzuwenden. Mit 5 Fraktionen macht es durchaus Sinn, die Mindestmitgliederzahl bei den Kommissionen auf 7 Mitglieder festzulegen. Dies sollte aber nicht zwingend vorgeschrieben sein, denn theoretisch könnte nach den nächsten Wahlen eine weitere Fraktion im Rat vertreten sein und es könnte beispielsweise auch zur Spaltung einer bestehenden Fraktion kommen. Schlussendlich würde beispielsweise mit 8 Fraktionen der gewünschte breitere Spielraum bei den Kommissionsbildungen illusorisch.

Markus Rudin (SVP) hält als GOR-Präsident fest, dass sich auch die vorberatende Kommission äusserst knapp für eine Beibehaltung der jetzigen Regelung von 7 – 9 Mitgliedern ausgesprochen hatte. Die Kommissionsgrösse trifft ja bereits bei einigen bestehenden Kommissionen zu.

://: Auf den Antrag des Büros sowie der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend einer Mitgliederzahl bei den ständigen Kommissionen von 5 – 9 Mitglieder entfallen 9 Stimmen. Mit 25 Stimmen wird dem GOR-Antrag für das Belassen der Mitgliederzahl bei 7 – 9 Mitglieder bei den ständigen Kommissionen gemäss gültigem Reglement grossmehrheitlich zugestimmt.

://: Den gleichlautenden Anträgen des Büros und der GOR wird einstimmig zugestimmt: Gemäss § 22 Abs. 4 werden das Präsidium und das Vizepräsidium neu vom Einwohnerrat und nicht mehr vom Büro gewählt.

- Amtszeitbeschränkung als ordentliches Kommissionsmitglied gemäss § 22 Abs. 5:

Hanspeter Stoll (SP) hält fest, dass beim Büro-Antrag der Zusatzsatz „Einer Wahl als Ersatzmitglied steht nichts im Wege“ zum GOR-Antrag abweicht.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass dies nicht die einzige Abweichung zum GOR-Antrag ist, denn diese schlägt vor, dass sich die Amtszeitbeschränkung gemäss synoptischen Darstellung nur auf die ordentlichen Mitglieder einer ständigen Kommission beschränken soll. Somit erübrigt sich auch der vom Büro vorgeschlagene Zusatzsatz.

://: Dem Antrag der GOR wird mit grossem Mehr zugestimmt, womit ein ordentliches Mitglied, welches während zwei aufeinander folgenden Amtsperioden einer ständigen Kommission angehört hatte, ausscheidet und während den vier folgenden Jahre nicht mehr in die gleiche Kommission gewählt werden kann.

- **§ 23 – Finanz- und Rechnungsprüfungskommission**
(Antragstellung betr. Entschädigungsansätzen)

://: Den gleichlautenden Anträgen des Büros und der GOR wird einstimmig zugestimmt: Gemäss § 23 Abs. 1 Bst. f behandelt die FIKO z.Hd. des Einwohnerrates die Vorlage betreffend den Entschädigungsansätzen für die Rats- und Kommissionssitzungen gemäss § 15 des Reglementes.

- **§ 26^{bis} - Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission (SBK)**
(Aufgaben neue Kommission SBK)

://: Den gleichlautenden Anträgen des Büros und der GOR wird einstimmig bei 3 Enthaltungen zugestimmt: Gemäss § 26^{bis} werden die Aufgaben der neuen Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission (SBK) definiert.

- **§ 38 - Vertretung**
(Berücksichtigung Wählerstimmen bei Sitzverteilung; Fraktionsübertritte)

Daniel Spinnler (FDP) sagt, für seine Fraktion sei es nicht nachvollziehbar, weshalb die Wählerstimmen bei den Kommissions-Sitzverteilungen eine Rolle spielen sollen. Alle 40 gewählten Einwohnerratsmitglieder sind Volksvertreter und mit je einer Stimme demokratisch legitimiert, welche dann ja auch je nach Fraktionsstärke in den Kommissionen vertreten sind. Wichtig ist doch, dass sich die Fraktionspräsidien bei der Festlegung der Kommissionsgrößen, der Bestimmung der anzahlmässigen Vertretung in den Kommissionen sowie Zuteilung der Kommissionspräsidien einig werden, damit es im Rat nicht noch zu Kampfwahlen kommt. Und sollten die Wählerstimmen tatsächlich eine entscheidende Rolle spielen, müssten diese auch bei den übrigen Schulrats-, Wahlbürowahlen usw. angewendet werden.

Erika Eichenberger (GL) meint, dass man auf die Wählerstimmen erst dann zurückgreift, wenn etwas nicht klar sein sollte. So könnte dies beispielsweise der Fall sein, wenn zwei Fraktionen einen Sitz aushandeln müssen. Auch war es im Jahr 2012 nicht klar, wer die Fraktionspräsidenten-Sitzung leiten sollte.

://: Den gleichlautenden Anträgen des Büros und der GOR wird mit 24 Ja-Stimmen gegen 14 Nein-Stimmen zugestimmt: Gemäss § 38 Abs. 2 wird die Ergänzung betreffend den Wählerstimmen im Reglement aufgenommen.

://: Dem Antrag der GOR wird einstimmig zugestimmt: Gemäss neuem § 38 Abs. 4 verbleiben bei einem Fraktionsübertritt oder –austritt die Büro- und Kommissionssitze inkl. Präsidium in der jeweiligen Fraktion.

- **Diverse §§ - Ersetzen von „Voranschlag“ durch „Budget“**
(Gesetzeskonformität mit § 158 Gemeindegesetz GemG)

://: Den gleichlautenden Anträgen des Büros und der GOR wird einstimmig zugestimmt und im gesamten Geschäftsreglement des Einwohnerrates der Begriff „Voranschlag“ durch Budget ersetzt.

- **§ 79 – Persönliche Erklärung, Fraktionserklärung, Stadtratsinformationen**
(Ergänzungen betr. Erklärungen Ratsmitglieder und Fraktionssprechern)

://: Dem Zusatzantrag der GOR wird einstimmig zugestimmt und unter dem neuen § 79 Abs. 3 die Bestimmung aufgenommen, dass Ratsmitglieder im Anschluss an die Mitteilungen des Ratspräsidiums ebenfalls persönliche Erklärungen abgeben können.

://: Auch wird dem Zusatzantrag der GOR einstimmig zugestimmt und unter dem neuen § 79 Abs. 4 die Bestimmung aufgenommen, dass Fraktionssprecher im Anschluss an die Mitteilungen des Ratspräsidiums ebenfalls persönliche Erklärungen abgegeben werden können.

- **§ 24 – GPK / Vormundschafts- und Fürsorgeakten**
(redaktionelle Anpassung)

://: Dem Zusatzantrag der GOR wird einstimmig zugestimmt und in § 24 Abs. 2 der Begriff „Vormundschafts- und Fürsorgeakten“ neu durch „Akten der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde und Sozialhilfeakten“ ersetzt.

d) Abstimmung über Zusatzanträge

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt fest, dass nun über die verschiedenen Zusatzanträge abgestimmt wird, welche an der letzten Sitzung vom 30. Oktober 2013 eingereicht wurden. Diese werden vor der Beratung und Beschluss nochmals verlesen. Die Ratsmitglieder können sich dann jeweils zu den Anträgen noch äussern.

- **§ 2 Abs. 2 – Sitzungsleitung durch ältestes oder amtsältestes Mitglied; Antrag der FDP-Fraktion**

Corinne Ruesch (GL) findet den Antrag grundsätzlich eine gute Idee, dass neu das amtsälteste Ratsmitglied die erste Sitzung der Amtsperiode eröffnet. Sie frage sich aber schon, ob es tatsächlich praktikabel sei, dass das amtsälteste Ratsmitglied diese Sitzung eröffnen soll.

Daniel Spinnler (FDP) hält fest, dass der Vorschlag gemäss FDP-Antrag seit Jahren in den eidgenössischen und kantonalen Parlament bereits praktiziert wird. Und sollten mehrere Ratsmitglieder über die gleiche Amtsdauer verfügen, könnte ja dann immer noch dem ältesten Ratsmitglied der Vorzug gegeben werden.

://: Mit 20 Ja-Stimmen gegen 16-Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung wird dem FDP-Antrag zugestimmt, weshalb die erste Sitzung der neuen Amtsperiode 2016 – 2020 erstmals vom amtsältesten Ratsmitglied eröffnet wird.

- **§ 58 - Sitzungstage bzw. Sitzungsbeginn; Antrag CVP/EVP/GLP-Fraktion**

Corinne Hügli (CVP/EVP/GLP) unterstützt den Antrag für einen Sitzungsbeginn um 18.00 Uhr, da der Sitzungsbeginn von 17.00 Uhr für berufstätige Leute doch sehr früh ist. Auch bei den übrigen Einwohnerräten im Kanton beginnen die Sitzungen zwischen 18.00 Uhr und 19.30 Uhr. Schliesslich fangen die Kommissionssitzungen auch nicht bereits um 17.00 Uhr an.

Markus Meyer (SVP) spricht sich namens der SVP-Fraktion gegen eine Verschiebung des Sitzungsbeginns auf neu 18.00 Uhr aus. Auch er arbeite auswärts, doch sollte es möglich sein, 1 x monatlich zu einer Sitzung um 17.00 Uhr erscheinen zu können. Der Sitzungsbeginn von 17.00 Uhr bringt auch den Vorteil mit sich, dass man doch zu einer vernünftigen Zeit nach Hause kommt und noch etwas Zeit für die Familie oder ein Hobby hat.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) unterstützt den Antrag zu Gunsten der jüngeren Ratsmitglieder, den Berufstätigen sowie Eltern und ihren Familien. Denn der frühe Sitzungsbeginn könnte auch ein Grund dafür sein, dass sich nicht mehr Jüngere als Einwohnerratsmitglied zur Verfügung stellen. Und so könnte es so weit kommen, dass wie im Landrat auch nur noch Rentner und Lehrer im Einwohnerrat Liestal dominieren.

Hanspeter Stoll (SP) weist darauf hin, dass er anfangs Sitzung darum gebeten hatte, auf die namentliche Bezeichnung von Personen zu verzichten. Dies müsste natürlich auch für Berufsgattungen zählen.

Diego Stoll (SP) meint, auch er sei noch ein junges Ratsmitglied und theoretisch wäre für ihn auch der Sitzungsbeginn von 18.00 Uhr zu früh, da er auswärts arbeitet. Er begrüsst aber die Beibehaltung des Sitzungsbeginns von 17.00 Uhr, damit man auch weiterhin im Anschluss an die Ratssitzungen noch gemeinsam etwas essen gehen kann.

Patrick Mägli (SP) unterstützt die Voten von Gerhard Schafroth und Corinne Hügli, da er aus Erfahrung weiss, dass viele Leute wegen dem frühen Sitzungsbeginn kein ER-Mandat übernehmen können. Somit wird ein Teil der Bevölkerung davon ausgeschlossen, hier im Rat überhaupt tätig sein zu können. Auch als Familienvater begrüsse er einen späteren Sitzungsbeginn.

Thomas Eugster (FDP) sagt, ein Amt als Einwohnerrat brauche Zeit und diese muss man sich halt nehmen bzw. im Zeitbudget einplanen. Und als Familienvater sieht er meist seine Kinder noch, bevor sie ins Bett gehen. Bei einem späteren Beginn der monatlichen Sitzung dürfte dies dann auch nicht mehr der Fall sein.

Werner Fischer (FDP) sagt, dass auch er die Beibehaltung des Sitzungsbeginns von 17.00 Uhr befürworte.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) bemerkt, das Argument von Diego Stoll sei zwar gut, doch wird die Einwohnerratssitzung wohl kaum die einzige Möglichkeit sein, damit man anschliessend noch gemeinsam zum Essen gehen kann. Die Übernahme eines Einwohnerratsmandates sollte doch allen ermöglicht werden, unabhängig davon, wo sie tagsüber arbeiten. Dies ist bei einem Sitzungsbeginn von 17.00 Uhr oder gar 16.00 Uhr bei einigen Sitzungen nicht möglich, weshalb man dann nachmittags schon früh die Arbeit verlassen oder gar einen halben Tag frei nehmen muss.

Corinne Ruesch (GL) erklärt, dass die ganze Diskussion basierend auf den Fraktionsrückmeldungen im Büro bzw. anschliessend in der GOR hätten geführt werden sollen. Und so spricht sich ihre Fraktion grundsätzlich gegen neue Anträge bzw. wird diesen auch nicht zustimmen.

Daniel Spinnler (FDP) meint, dass gemäss den vorgängigen Voten künftig die Sitzungen vermutlich auf die Samstagmorgen verlegt werden sollten, denn dann hätten vermutlich alle Ratsmitglieder am besten Zeit für die Ratssitzungen.

Markus Rudin (SVP) hält als GOR-Präsident fest, dass die vorberatende Kommission diesen Antrag grossmehrheitlich abgelehnt hatte.

://: Mit 9 Ja-Stimmen gegen 26 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen wird der Antrag der Mittefraktion für eine Verlegung des Sitzungsbeginns von 17.00 Uhr auf neu 18.00 Uhr mit grossem Mehr abgelehnt.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt fest, dass keine weiteren Anträge eingereicht oder Wortbegehren angemeldet werden.

e) Schlussabstimmung

://: Die Revision des Geschäftsreglementes des Einwohnerrates wird in der Schlussabstimmung unter Berücksichtigung der vorgängig beschlossenen Änderungen einstimmig genehmigt.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) informiert darüber, dass das Büro noch die Inkraftsetzung der beschlossenen Reglementsänderungen beschliessen wird. Einige Änderungen sind erst ab der neuen Amtsperiode 2016 - 2020 möglich, diverse reglementarische Anpassungen sind aber auch kurz- oder mittelfristig umsetzbar. Persönlich kann er das Votum von Corinne Ruesch unterstützen, denn es macht wirklich keinen Sinn, wenn Reglementsänderungen nach einer mehrmaligen Kommissionsberatung durch den ganzen Einwohnerrat nochmals diskutiert werden.

140 0.01.011.01 Einwohnerrat

6. Infrastrukturbeitrag – Schriftlicher Bericht zur Interpellation der Bau- und Planungskommission (BPK) betreffend Infrastrukturbeitrag bei Bauten mit erhöhten Nutzungsmöglichkeiten (Nr. 2013/64)

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt fest, dass zuallererst das Eintreten auf das Geschäft zu beschliessen ist.

://: Das Eintreten wird einstimmig beschlossen.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt fest, dass die Interpellation der BPK vom Stadtrat wunschgemäss schriftlich beantwortet wurde.

Diego Stoll (SP) erklärt als BPK-Präsident, dass Kommissionsmitglied Hanspeter Zumsteg zum stadträtlichen Bericht Stellung nehmen wird, da dieser auch die treibende Kraft beim Vorstoss der BPK war.

Hanspeter Zumsteg (GL) teilt mit, die BPK sei mit der Antwort zufrieden, wünsche aber die Diskussion.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt nach Umfrage fest, dass die Diskussion unbestritten ist und somit bewilligt wird.

Hanspeter Zumsteg (GL) sagt, dass die Stadt bei den Quartierplänen den Bauherren eine erhöhte Nutzung und damit auch höhere langjährige Rendite ermögliche. Steigt beispielsweise beim jetzt anstehenden Quartierplan Grienmatt der Bodenpreis beispielsweise von 900 auf 1'000 Franken pro Quadratmeter, so kann die Bauherrschaft mit einer Parzellenfläche von rund 9'000 m² einen Gewinn von rund 900'000 Franken verbuchen. Gemäss bestehendem gültigen Reglement erhält die Stadt bei einer Bruttogeschossfläche von rund 13'000 m² einen Infrastrukturbeitrag von rund 130'000 Franken. Wenn in den nächsten Jahren mehrere hundert Wohnungen gebaut werden, so muss die Stadt massiv in zusätzliche Infrastrukturen wie Verkehr, Schulhaus-Erweiterungen, Kindergärten usw. investieren. Und wenn man bedenkt, dass die umliegenden Grundbesitzer von keinem Mehrwert profitieren können, darf man sicher mit Recht die Frage stellen, ob zwischen dem Gewinn der Bauherrschaften und dem bescheidenen Infrastrukturbeitrag an die Stadt nicht doch auch ein Missverhältnis besteht. Hier geht die Rechnung irgendwie nicht auf für die öffentliche Hand.

Hanspeter Meyer (SVP) stellt fest, dass seine Fraktion mit der stadträtlichen Antwort zufrieden sei. Bei den von seinem Vorredner gemachten Äusserungen muss man aufpassen, den schlussendlich zahlen immer die Mieter oder Käufer von Wohnungen den Preis, da schlussendlich von den Bauherren und Investoren ja auch die Infrastrukturbeitragskosten an die Stadt wieder abgewälzt werden. Indirekt handelt es sich auch hier um eine indirekte Steuererhöhung. Mit solchen Aussagen könnten auch die Investoren vertrieben werden.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) orientiert, die Mittelfraktion sei mit der stadträtlichen Antwort zur Interpellation zufrieden. Das Anliegen von Hanspeter Zumsteg kann man durchaus diskutieren, doch sollte er diesbezüglich ein Postulat einreichen und entsprechende Vorschläge unterbreiten.

Matthias Zimmermann (SP) meint, dass das Volk mit einer überraschend grossen Mehrheit dem neuen Raumplanungsgesetz zugestimmt habe. Somit wird die Mehrwertabschöpfung bei Einzonungen und Erschliessungen zum Thema. In diesem Zusammenhang sollte man deshalb nicht nur von Infrastrukturbeiträgen, sondern auch von einer Mehrwertabschöpfung reden. Denn mit Massnahmen der Verwaltung kann man auf einmal aus Grund und Boden

mehr herausholen. Natürlich werden die in Rechnung gestellten Infrastrukturbeiträge wieder abgewälzt, doch ist es wichtig, ob man auf dem freien Markt produziert oder ob man in Genossenschaftswohnungen etc. investiert. Das Thema sollte noch nicht ad acta gelegt, sondern weiter diskutiert werden. In Liestal wird aktuell sehr viel gebaut und man sollte sich durchaus auch Überlegungen wegen Mehrwertabschöpfungen usw. machen.

Corinne Ruesch (GL) fand es beeindruckend, als der Stadtrat im Zusammenhang mit dem QP-Verfahren Ziegelhof darüber informiert hatte, welchen Aufwand die Stadt im Zusammenhang mit einem Quartierplanverfahren hatte. Ist denn dieser Aufwand gedeckt oder fliessen die Infrastrukturbeiträge dorthin, wo die Stadt sowieso Aufwendungen für ein Quartierplanverfahren hat?

Stadtrat Peter Rohrbach dankt für die Hinweise und Kommentare zu diesem Geschäft. Hinweisen möchte er darauf, dass nicht die Verwaltung, sondern der Einwohnerrat Umzonungen beschliesst. Beim Infrastrukturbeitrag handelt es sich um eine Gratwanderung, was auch die Diskussionen in anderen Gemeinden zeigen. Dank dem neuen Raumplanungsgesetz hat nun der Kanton die Möglichkeit ein Gesetz zu formulieren, mit welchem ein planungsbedingter Mehrwert abgeschöpft werden kann. Und bevor der Kanton nicht mit diesem neuen Gesetz kommt, wird diesbezüglich auch in Liestal nichts passieren. Der gefällte Stadtratsbeschluss ist vernünftig und moderat. Und so kann man nur auf ein raschmöglichstes Reagieren des Kantons betreffend einem neuen Gesetz hoffen.

Stadtpräsident Lukas Ott findet das Votum von Matthias Zimmermann und der Aufruf nach dämpfenden Massnahmen im Wohnungsbereich gefährlich. In Liestal hat man einen sehr grossen Nachholbedarf und man ist noch lange nicht in der Situation, dass man in ein Überangebot kommen könnte. Betrachtet man die strukturellen Grundlagen von Liestal etwas vertiefter, so stellt man ein Ungleichgewicht zwischen der Anzahl an Arbeitsplätzen und der Anzahl an Wohnungen fest. Es ist wichtig, dass man hier zu einer Annäherung kommt, denn bereits im Jahre 2012 hat Liestal die Schwelle von 14'000 Einwohnern überschritten und Liestal verfügt über fast gleich viele Arbeitsplätze. Das Wachstum an Arbeitsplätzen war in den letzten Jahren stärker als bei der Einwohnerschaft und so kommen täglich auch rund 8'600 Pendler zur Arbeit nach Liestal. Diese Pendler stellen wir tagtäglich unter anderem auf unserem Strassennetz fest. Das heisst doch, dass man in Liestal nicht nur arbeiten, sondern auch wohnen können sollte. Die Balance zwischen Arbeiten und Wohnen sollte auch in Liestal erreicht werden können. Die Quote an Leerwohnungen in Liestal ist beispielsweise noch tiefer als in Basel und solche strukturellen Gegebenheiten müssen ernst genommen werden. Mit den im Moment in Diskussion stehenden Quartierplanungen usw. sollen 850 neue Wohnungseinheiten entstehen und dieses Wachstum ist für Liestal sehr nötig und wichtig.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2013/64.

141 0.01.011.01 Einwohnerrat

7. Waffenplatz – Schriftlicher Bericht zur Interpellation von Stefan Fraefel der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend der Zukunft des Waffenplatzes Liestal (Nr. 2013/72)

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Stadtpräsident Lukas Ott hält fest, dass nach der stadträtlichen Interpellationsbeantwortung gemäss Vorlage Nr. 2013/72a vom Stadtrat mit gestriger Medienmitteilung darüber informiert werden konnte, dass die Kaserne Liestal bestehen bleibt. Der Entscheid des Bundes im Zusammenhang mit dem neuen Stationierungskonzept wird begrüsst, sind doch mit der Kaserne Liestal rund 60 militärische und zivile Arbeitsplätze verbunden. Zudem geht man davon aus, dass sich die Konsumausgaben der in Liestal stationierten Truppen auf rund 5 – 6 Mio. Franken pro Jahr belaufen, weshalb eine Schliessung des Waffenplatzes Liestal wesentliche finanzielle Einbussen für die Wirtschaft die Folge gewesen wären.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) dankt als Interpellant für die schriftliche Beantwortung seines Vorstosses durch den Stadtrat und wünscht die Diskussion.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) kann nach erfolgten Umfrage feststellen, dass die Diskussion bewilligt wird.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) hofft, dass der Rat wegen der von ihm eingereichten Interpellation nicht glaube, dass er ein extremer Befürworter des Militärs sei. Die Interpellation hatte er in einem Zeitpunkt eingereicht, wo betreffend der Zukunft des Waffenplatzes Liestal noch einiges unklar war. Auch er ist froh, dass nun die Fakten auf dem Tisch liegen. Er dankt dem Stadtrat für seine Bemühungen und den Einsatz zu Gunsten des Waffenplatzes Liestal.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2013/72.

142 0.01.011.01 Einwohnerrat

8. Photovoltaik – Interpellation betreffend Photovoltaik auf gemeindeeigenen Gebäuden von Jürg Holinger der Grünen Fraktion (Nr. 2013/79)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

*Grüne Fraktion
Jürg Holinger*

Liestal, den 4. Oktober 2013

**Interpellation
Photovoltaik auf gemeindeeigenen Gebäuden**

In vorbildlicher Weise hat die Stadt Liestal seinerzeit auf dem Dach des Fraumattschulhauses einer Betriebsgesellschaft Flächen zum Betrieb von Fotovoltaikanlagen zur Verfügung gestellt.

In nächster Zeit werden im Zusammenhang mit der Sanierung der Schulhäuser Bauarbeiten anstehen. Dies könnte als Anlass genommen werden, um weitere Dachflächen Betreibern von Fotovoltaikanlagen anzubieten.

Wir bitten den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen.

- 1. Ist der Stadtrat bereit die Vergabe von Dachflächen im oben erwähnten Sinne zu prüfen?*
- 2. Wenn ja welche Gebäude kommen dazu in Frage?*
- 3. Ungefähr In welchem Zeitraum könnten solche Anlagen erstellt werden?*

Im Namen der grünen Fraktion

Jürg Holinger

* * * * *

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist und die Interpellation von Stadtrat Peter Rohrbach beantwortet wird.

Stadtrat Peter Rohrbach beantwortet die Fragen des Interpellanten wie folgt:

Frage 1: Ja, der Stadtrat sucht und prüft immer wieder geeignete Optionen und Objekte, bei welchen Dachflächen für Photovoltaik-Anlagen zur Verfügung gestellt werden könnten. Mögliche Einschränkungen betreffend der Zonenzugehörigkeit, dem Zustand des Daches, der Statik, der Zugänglichkeit usw. müssen beachtet werden. Die Investitionen betreffend Photovoltaik-Anlagen werden nicht von der Stadt, sondern von externen Firmen getätigt.

Frage 2: Als mögliche Gebäude kommen alle Schulanlagen, der Werkhof, das Feuerwehmagazin, das Tribünendach beim Stadion usw. in Frage. Auf der Fraumatt-Schulhausanlage ist bereits eine solche Anlage installiert und auch im Zusammenhang mit der bevorstehenden Sanierung der Frenken-Schulanlage wird die Installation einer weiteren Anlage in Zusammenarbeit mit der Firma ADEV in Betracht gezogen. Die EBL hat grundsätzlich kein Interesse an solch kleinen Anlagen.

Frage 3: Die Anlage beim Frenken-Schulhaus wird im Zusammenhang mit den Sanierungsarbeiten in Angriff genommen. Weitere Anlagen werden noch folgen, doch gibt es dafür keinen Terminplan.

Jürg Holinger (GL) dankt dem Stadtrat als Interpellant für die Beantwortung seiner Fragen. Da ihn diese befriedigen, erübrigt sich eine Diskussion.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) kann feststellen, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren aus dem Rat angemeldet werden.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2013/79.

143 0.01.011.01 Einwohnerrat

9. Fragestunde

1. Frage / Erika Eichenberger (GL) - Fussgänger Verbindung Bahnhofplatz/Kantonsbibliothek
Nach dem Erstellen der neuen Trottoirs und Einsteigebuchten am Busbahnhof konnten die Fussgängerinnen und Fussgänger nach langer Zeit endlich wieder auf breitem Trottoir sicher und direkt die Kantonsbibliothek erreichen. Ein echter Gewinn - leider nur für wenige Wochen! Durch den Bau der unerwartet grosszügigen und geschlossenen Wartehalle präsentiert sich nun die Situation wieder völlig neu. Frage: Welche Entscheidungen wurden betreffend Fussgängerführung über den Busbahnhof zur Bibliothek getroffen?

Stadtrat Peter Rohrbach: Die Fragestellung bzw. der Sachverhalt ist nicht ganz klar. Genauere Abklärungen waren in der kurzen Zeit nach Bekanntwerden der Frage nicht möglich. Richtig ist, dass die Parzelle den SBB gehört. Weitere Abklärungen für eine Beantwortung der Frage sind noch nötig.

2. Frage / Erika Eichenberger (GL) – Informationspolitik betreffend Tagesstrukturen
Ich leite die Frage einer berufstätigen Mutter weiter und bitte den Stadtrat um Beantwortung: Langsam beginnen wir und andere Eltern, uns Gedanken zum Chindsgi-Eintritt und der Familienorganisation zu machen. Wir stellen uns z.B. die Frage, ob das Kind vom Chindsgi zum Mittagstisch und zur anschliessenden Betreuungsstätte begleitet wird, von wem, wann, wie; wie viel die Tagesstrukturen kosten werden etc. 1: Wie und wann werden die Eltern insbesondere auch von angehenden Kindergärtlern über die neuen Tagesstrukturen informiert? 2: Gibt es hierzu bereits eine Informationsplattform oder gibt es eine Stelle, an welche sich Eltern mit ihren Fragen wenden können?

Stadtrat Franz Kaufmann: Der Bereich Bildung ist daran, die beschlossenen Tagesstrukturen umzusetzen, was recht komplex und zeitaufwändig ist. Diese Woche werden alle Eltern mit einem Informationsschreiben orientiert und darin sind auch die Ansprechpersonen bezeichnet. Die Eltern künftiger Kindergartenkinder werden jeweils anfangs Jahr zur Informationsveranstaltung „Mein Kind kommt in den Kindergarten“ eingeladen. Zusammen mit dem Einladungsschreiben erhalten die Eltern zudem ein Infoschreiben betreffend den Tagesstrukturen. Diesbezügliche Informationen werden diese Woche auch im Internet aufgeschaltet. Die definitiven Anmeldeformulare werden im Frühjahr verteilt.

3. Frage / Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) – Neubau Migros-Pensionskasse Bahnhofplatz
Schon lange ruhen die Arbeiten am Neubau der Migros-Pensionskasse am Bahnhofplatz. Die (mutmasslichen) Gründe musste man aus den Medien entnehmen. Fragen: 1. Wie ist der aktuelle Stand? 2. Wann erfolgt der Baustart? 3. Welches ist der Fertigstellungstermin nach aktueller Planung?"

Stadtrat Peter Rohrbach: Nach den stadträtlichen Mitteilungen anfangs der heutigen Sitzung sollten diese Fragen bereits beantwortet sein.

4. Frage / Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) – Velostation, Preiserhöhungen
Die Velostation plant Preiserhöhungen um 33%. Falls dies wie geplant so beschlossen wird, wäre Liestal eine der teuersten Stationen der Schweiz, was für die Velofahrer nicht gerade förderlich wäre. Meine Frage: Kann hier die Stadt Liestal auf die Preise noch Einfluss nehmen? Zusatzfrage: Beim Eröffnen der Velostation wurde versprochen, das Abstellen der Velos beim Palazzo zu verbieten. Die Velos sind aber nach wie vor dort „parkiert“. Wird hier nichts unternommen?

Stadträtin Marion Schafroth: Die Velostation wird mit einem Leistungsauftrag betrieben. Diese ist privatwirtschaftlich organisiert und darf kein Defizit erwirtschaften, weshalb die Preiserhöhung notwendig ist. Die Stadt könnte theoretisch Einfluss nehmen, wenn sie beispielsweise à fonds perdu-Beiträge oder Subventionen leisten würde, was aber nicht vorgesehen und budgetiert ist. Die Mitarbeiter der Velostationen dürfen die beim Palazzo abgestellten Velos gar nicht wegstellen, denn nur die Polizei darf eine Deplatzierung dieser Velos vornehmen. Solche Massnahmen findet aber die Stadt unverhältnismässig. Die Situation muss im Zusammenhang mit der Neugestaltung des Bahnhofareals sicher neu betrachtet werden.

5. Frage / Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) – Lebhag-Höhe entlang Strassen

Bei einem Unfall eines Kindes, welches auf die Strasse sprang, wurde festgestellt, dass der Lebhag eine Höhe von 1.5 Metern aufwies. Gesetzlich ist bei einer Einfriedung entlang einer öffentlichen Strasse nur eine Höhe von 1,2 Metern erlaubt. Die Stadt Liestal wurde diesbezüglich in Kenntnis gesetzt. Meine Frage: Wurde hier seitens der Stadt entsprechend reagiert und werden die Lebhage in ihrer Höhe entsprechend kontrolliert und geschnitten?

Stadträtin Regula Nebiker: Im geschilderten Fall handelt es sich um einen Lebhag der Stadt Liestal. Als wesentliche Massnahme ist aber eine Türe beim betreffenden Hag geschlossen worden. Grundsätzlich werden die stadteigenen Lebhage auf die erlaubte Maximalhöhe zurückgeschnitten. Mit Mitteilungen im Liestal aktuell und persönlichen Vorsprachen der Mitarbeitenden der Betriebe werden auch private Eigentümer auf die Pflichten betreffend dem Zurückschneiden von Sträuchern und Hecken hingewiesen.

6. Frage / Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) – Skulpturenweg in Liestal

Im Jahre 2010 fand der letzte Skulpturenweg in Liestal statt. Dies geschah in Zusammenarbeit mit der Bürgergemeinde, der Stadt, dem Verschönerungsverein und dem Kanton. Ich sehe dies als wichtigen Kulturbeitrag für unsere Region. Meine Frage: Ist die Durchführung eines solchen Projektes in nächster Zeit ein Thema?

Stadtpräsident Lukas Ott: Die Stadt Liestal ist nie von sich aus tätig geworden und hatte eine Veranstaltung im Zusammenhang mit dem Skulpturenweg organisiert. Die Stadt hatte lediglich mit Eigenleistungen der Stadt und einem finanziellen Beitrag die Trägerschaft unterstützt. Der Stadtrat steht weiteren Gesuchen offen gegenüber, wird selbst aber nicht als Organisatorin eines solchen Anlasses auftreten.

7. Frage / Lisette Kaufmann (GL) – Veloständer bei Kantonsbibliothek

Warum hat es vor der Kantonsbibliothek keine Veloständer mehr? Werden diese wieder installiert?

Stadtrat Peter Rohrbach: Nein, die Veloständer werden nicht wieder installiert. Auf der gegenüberliegenden Seite entlang der Bahnlinie hat es genügend gedeckte Veloabstellplätze.

8. Frage / Thomas Eugster (FDP) – Ausstehende Wasserrechnungen

Aus der Zeitung (bz) konnte entnommen werden, dass schon 773'000 CHF von den ausstehenden Wasserrechnungen bezahlt worden sind und weitere 77'000 CHF werden in Raten abbezahlt. 25'000 CHF müssen offenbar aufgrund von Vergleichen abgeschrieben werden. Ein einzelner Gross-Wasserbezüger hat das Enteignungsgericht angerufen. Frage: Wie hoch ist die Wasserrechnung dieses Kunden? Wann wird etwa feststehen, ob dieser Kunde die geschuldete Summe bezahlen wird (oder nicht)?

Stadträtin Regula Nebiker: Seit den früher gemachten Feststellungen betreffend den ausstehenden Wasserrechnungen sind die Betriebe an der Aufarbeitung des Vorgefallenen und am Massnahmen ergreifen. Jetzt kann man nur in einem Zwischenbericht darüber informieren, was klar ist. Die GPK verfügt über die genauen Zahlen und es ist nicht an ihr, während des laufenden Verfahrens sich hier und heute zu äussern, was sich auch der Zeitung mitgeteilt hatte. Zu diesem Thema möchte sie aber doch nachliefern und darüber informieren, dass weitere 14 Anschlüsse aufgetaucht sind, bei denen keine Abwassergebühren in Rechnung gestellt wurden. Dabei handelt es sich um eine Gesamtsumme von rund CHF 20'000.-, doch ist die Summe nicht gleich gross wie bei den Wassergebühren. Doch auch bei den Abwassergebühren muss mit Ausfällen im etwa gleichen Ausmass von ein paar tausend Franken wie bei den Wassergebühren gerechnet werden. Bei den Rechnungen beläuft sich die tiefste Rechnung auf CHF 168.- und die höchste Rechnung beläuft sich auf rund CHF 2'000.--. Analog bei den Wasserrechnungen müssen auch die Abwasserrechnungen eingetrieben werden. Sie hoffe nun doch, dass dies heute das letzte Mal eine solche Mitteilung machen musste.

9. Frage / Thomas Eugster (FDP) – Littering / Streetworker

Noch immer beherrscht das Thema Littering die Gegend um den Bahnhof und den Wasserturmplatz, dies trotz der Arbeit eines Streetworkers. Frage: Wird der Erfolg der Arbeit des Streetworkers punkto Littering in irgendwelcher Form gemessen? Wird der Erfolg der Arbeit des Streetworkers überhaupt gemessen?

Stadträtin Marion Schafroth: Ein Streetworker ist angestellt, um sogenannte aufsuchende Jugendarbeit zu machen. Er ist nicht angestellt, um Antilittering-Aufgaben zu erledigen oder um ordnungsdienstliche Aufgaben zu erfüllen. Natürlich wird auch das Thema Littering von den Streetworkern immer wieder angesprochen. Der Erfolg der Streetworker im Bezug auf die Pflichtenhefter wird 2 x jährlich an den Delegiertenversammlungen des Verbundes der 9 mitmachenden Gemeinden rapportiert.

10. Frage / Thomas Eugster (FDP) – Steinschlag-Schutzeinrichtungen

An der Kantonsstrasse von Liestal nach Arisdorf wurden kurz nach der Windentaler Höhe auf der Bergseite fast neue Steinschlag-Schutzeinrichtungen wieder entfernt und danach durch noch neuere ersetzt, die sich nun auch über einen längeren Bereich erstrecken. Frage: Waren die zuerst errichteten Schutzeinrichtungen nicht sicher genug? Hat sich ein Unfall ereignet oder handelt es sich um eine präventive Massnahme?

Stadträtin Regula Nebiker: Die Anlage ist im Eigentum und Zuständigkeitsbereich des Kantons, weshalb sie nichts Genaueres sagen kann.

11. Frage / Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) - Asylheim-Betreuung

Seit drei Jahren wird das Asylheim am Benzburweg von der ABS betreut. Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen gehen ca. zwei Mal pro Woche im Asylheim vorbei. Werden Personen, die krank oder z. B. durch die Flucht traumatisiert sind, zusätzlich betreut? Was für eine Ausbildung haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, welche die Betreuung vornehmen?

Stadträtin Marion Schafroth: Die ABS-Mitarbeitenden besuchen das Asylheim 4 x wöchentlich und nicht 2 x wöchentlich, sporadisch zusätzlich auch unangemeldet nachts usw. Körperlich oder psychisch kranke Bewohner werden von Ärzten ambulant oder aber stationär in Spitälern oder Kliniken behandelt. Die Überweisung erfolgt auf Wunsch der traumatisierten Personen selbst oder bei Auffälligkeiten usw. durch die Betreuer etc. Die in Liestal tätigen Betreuer verfügen über eine handwerkliche oder kaufmännische Erstausbildung und waren dann während mehreren Jahren im Betreuungswesen tätig.

12. Frage / Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) – Parkplätze Bahnhofareal

Die Parkplätze auf dem Bahnhofareal, z. B. bei der Kantonsbibliothek, sind in der Nacht zum Teil schlecht beleuchtet. Das kann zu einem Gefühl der Unsicherheit führen. Ist der Stadtrat bereit, sich bei der SBB im Zusammenhang der Neugestaltung des Bahnhofes dafür einzusetzen, dass sich insbesondere auch Frauen auf den Parkplätzen sicher fühlen?

Stadtrat Peter Rohrbach: Für den Hinweis der Fragestellerin wird gedankt. Die Verwaltung wird diesbezüglich weitere Abklärungen treffen. Die Beleuchtungsproblematik dürfte wohl unabhängig von der Bahnhofplatz-Neugestaltung geprüft und gelöst werden können.

Vizepräsident Heinz Lerf (FDP) informiert darüber, dass die zwei letzten Fragen nach Redaktionsschluss eingegangen sind und diese vom Stadtrat vermutlich aus dem Stegreif beantwortet werden müssen.

13. Frage / Thomas Eugster (FDP) – Baurechtszinsen Gitterli

Mit der Vorlage 2011/176 wurden die Baurechtszinsen der Stadt Liestal mit der Bürgergemeinde Liestal auch im Bereich des Stadions Gitterli neu geregelt. Frage: Entstehen für die verschiedenen Nutzer des Gitterli nun Änderungen betreffend den Nutzungsgebühren und falls ja, in welchen Ausmassen? Wo sind diese Positionen im Budget ersichtlich?

Stadtrat Peter Rohrbach: Den Sportvereinen wird für die Benützung von Sportanlagen keine Rechnung gestellt. Das Clubhaus des FC Liestal auf der Baurechtsparzelle im Gitterli wird kommerziell betrieben und im Moment laufen Verhandlungen betreffend den Baurechtszinsanpassungen. Die Budget-Position ist unter dem Konto 344.316.427.434 ersichtlich.

14. Frage / Pascal Porchet (FDP) – Sprayereien bei Lärmschutzwänden an Poststrasse

Hat der Stadtrat Kenntnis von den Sprayereien an der Poststrasse (Lärmschutzwände). Wann und mit welchem Konzept werden diese entfernt?

Stadträtin Marion Schafroth: Man hat die Sprayereien ebenfalls gesehen. Die Lärmschutzwände entlang der Poststrasse gehören den SBB und nicht der Stadt, weshalb diese auch für die Reinigung derselben verantwortlich zeichnen.

144 0.01.011.01 Einwohnerrat

10. Bücheliplatz – Postulat der einwohnerrätlichen Fraktionen betreffend Befreiung des Bücheliplatzes vom Durchgangsverkehr (Nr. 2013/83)

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Postulat: Befreiung des Bücheliplatzes vom Durchgangsverkehr!

Im Januar 2013 wurde der Stadtrat angefragt, ob die Büchelstrasse auch nach Eröffnung des Bücheli Centers eine Durchgangsstrasse bleiben soll (vgl. Interpellation Nr. 2012/20). Dies vor dem Hintergrund, dass mit der neuen Manor auch der Vorplatz zur Büchelstrasse – der Bücheliplatz – aufgewertet werden sollte und das Verkehrskonzept die Kanalisierung des Verkehrsflusses über den Kantinenweg/Nonnenbodenweg vorsieht. Der Stadtrat sprach sich für die Beibehaltung einer Durchgangsstrasse aus, ausgestaltet als Begegnungszone, erklärte aber auch, dass der Verkehrsstrom beobachtet werden müsse. Massnahmen würden „gegebenenfalls“ getroffen.

In der Zwischenzeit wurde das Bücheli Center eröffnet und der Bücheliplatz eingeweiht. Letzterer erfreut sich einer grossen Beliebtheit und dient der Bevölkerung als Ort zum Verweilen oder als direkte Verbindungsachse zur Altstadt. Störend wirkt jedoch der auf dem Bücheliplatz zu beobachtende, rege Durchgangsverkehr. Durch diesen mutiert die an sich attraktive Begegnungszone zur leidigen Konfrontationszone zwischen den einzelnen Verkehrsteilnehmern. Gleichzeitig wird der Zugang zum Stedtli unnötig erschwert und die Chance vertan, den Bauernmarkt aufgrund der Abbrucharbeiten am alten Manor auf den Bücheliplatz zu verlegen. Kurzum: Der Durchgangsverkehr verhindert, dass der Bücheliplatz sein Potenzial im Sinne Liestals entfalten kann.

Gemäss Art. 6 der Verordnung über die Tempo-30-Zonen und die Begegnungszonen ist eine Überprüfung der realisierten Massnahmen auf ihre Wirkung zwingend notwendig. Nachdem anderweitige Ansätze zur Entlastung des Gebiets erfolglos geblieben sind, sind die Postulanten zur Überzeugung gelangt, dass der Bücheliplatz – unter Berücksichtigung der notwendigen Rahmenbedingungen – vom Durchgangsverkehr befreit werden muss. Die Postulanten bitten den Stadtrat daher zu prüfen, inwiefern der Bücheliplatz vom Durchgangsverkehr befreit werden kann. Folgende Vorgaben sind dabei zu beachten:

- *Die Zufahrt zu den Geschäften und Wohnräumen in der Büchelstrasse sowie zur Altstadt (via Neuweg - Rumpel) muss sichergestellt sein.*
- *Die Buslinien sollen möglichst über den Kantinenweg/Nonnenbodenweg verkehren.*
- *Der Bauernmarkt sollte einen Standort auf dem Bücheliplatz erhalten können.*
- *Es werden Begleitmassnahmen getroffen, welche den Verkehrsfluss über den Kantinenweg/Nonnenbodenweg begünstigen (insbesondere klare Signalisationen/Bodenmarkierungen im Bereich Burgstrasse/Kasernenstrasse, Abstimmung der Lichtsignalanlagen Büchelstrasse/Nonnenbodenweg).*

SP-Fraktion

Mitte-Fraktion

Grüne-Fraktion

FDP-Fraktion

SVP-Fraktion

Diego Stoll

Rolf Gutzwiller

Hanspeter Zumsteg

Michael Bischof

Hanspeter Meyer

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) möchte vom Stadtrat wissen, ob dieser das Postulat übernehmen möchte oder nicht.

Stadtrat Peter Rohrbach erklärt, der Stadtrat sei bereit, den Vorstoss zu übernehmen. Zusammen mit dem Kanton, den Busbetrieben usw. werden all die verschiedenen Fragen der Vorstösse usw. geklärt und zusammen mit dem Verkehrskonzept 2014 dazu Stellung genommen.

Rolf Gutzwiller (CVP/EVP/GLP) möchte nicht auf den Inhalt des Postulates eingehen, sondern eher auf die gesetzlichen Grundlagen: Seit der Manor-Eröffnung haben die Büchelstrasse und auch der Bücheliplatz eine massive Aufwertung erfahren, welche als Begegnungszone signalisiert sind und somit als Nebenstrasse gelten. Die Rechtsgrundlagen sind offenbar nicht allen Verkehrsbenützer*innen genügend bekannt. Und auch ohne Postulat sollte der Stadtrat zusätzliche Massnahmen ergreifen, damit der Bücheliplatz auch als Begegnungszone benutzt werden kann. Die Vorgabe des Postulates, dass die Zufahrt zu den Geschäften und Wohnräumen in der Büchelstrasse sowie zur Altstadt sichergestellt werden muss, ist in seiner Fraktion unbestritten. Es gibt Lösungen, doch ist es nicht Sache des Rates, diese vorzuschlagen. Auch die Vorgabe betreffend dem öffentlichen Verkehr sollte lösbar sein.

Hanspeter Meyer (SVP) meint, dass es wohl unbestritten ist, dass der Ist-Zustand nicht dem entspricht, was der Einwohnerrat ursprünglich wollte. Nun muss man einfach aufpassen, dass man nicht mit Schnellschüssen überreagiert, sonst könnte dies noch kontraproduktiv werden. Seine Fraktion legt Wert darauf, dass ein paar wichtige Fixpunkte klar definiert werden: Der sogenannte „Mühleisenplatz“ oder „Bücheliplatz“ ist nicht der Nabel von Liestal. So muss man aufpassen, dass man alle anderen Plätze dem Bücheliplatz unterordnet. Würden sich alle Attraktivitäten rund um das Törli konzentrieren, so wäre der mittlere und untere Teil des Stedtlis mit seinen Plätzen und Anlagen bald einmal kaputt. Auch muss eine künftige bessere Regelung alle Verkehrsteilnehmer gleichstellen. Ebenso befindet sich entlang der Achse Hotel Engel - Büchelstrasse – Rumpel eine grosse Anzahl KMU-Betriebe und deshalb ist es wichtig, dass die Zufahrt zu diesen gewährleistet bleibt. Der unnötige Durchgangsverkehr muss möglichst weiträumig umgeleitet werden. Ein möglicher Lösungsansatz könnte es sein, wenn man die Büchelstrasse im Gebiet Thurgauerhof zumachen würde. Auf Anfrage hatte er von der Fahrdienstleitung der Autobus AG erfahren, dass die Verkehrsproblematik zusammen mit der Stadt an einem Runden Tisch besprochen werden soll. Bei einer Umleitung der Busse über den Kantinenweg müssten zwei Kreuzungen durchfahren werden und dem Manor-Güterumschlag beim Kantinenweg wäre auch noch die gebührende Beachtung zu schenken. Die Bushaltestelle auf dem Wasserturmplatz ist eine ganz wichtige Haltestelle und Drehscheibe für Liestal, was bei den weiteren Abklärungen entsprechend zu beachten ist. Im Zusammenhang mit den Bauarbeiten beim alten Manor, dem Ziegelhofareal usw. müssen auch längere provisorische Lösungen betreffend dem Verkehr angestrebt werden. Abschliessend möchte er das Missfallen seiner Fraktion betreffend den überdimensionierten und sehr gefährlichen Pflanzenkübeln beim Törliplatz erwähnen und die Hoffnung zum Ausdruck bringen, dass man diesbezüglich bessere Lösungen finden wird. Diese sind im letzten Sommer nochmals um rund 20 cm weiter zur Strasse hin verschoben worden. Seine Fraktion wird der Postulatsüberweisung zustimmen und bittet um die Berücksichtigung der vorgängig erwähnten Vorbehalte und Anregungen bei der weiteren Planung.

Diego Stoll (SP) hält als Mitunterzeichner des Postulates fest, dass die Büchelstrasse im Zusammenhang mit der Interpellation Nr. 2012/20 schon im Januar 2013 vom Rat thematisiert wurde. Die Wogen sind damals schon etwas hoch gegangen und so freut es ihn, dass der neue Vorstoss nun doch von allen Parteien unterzeichnet wurde. Die Befreiung des Bücheliplatzes vom Durchgangsverkehr ist klar und entspricht auch sämtlichen Fraktionsmeinungen.

Jürg Holinger (GL) berichtet, dass sich seine Fraktion schon lange Sorgen betreffend der Situation beim Bücheliplatz macht. Einen diesbezüglichen eigenen Vorstoss hatte er zu Gunsten des breiter abgestützten Postulates Nr. 2013/83 zurückgezogen. Wichtig ist, dass man bei den weiteren Abklärungen insbesondere auch dem Verkehrsfluss bei der Poststrasse die gebührende Beachtung schenkt, denn diese war nie für den Durchgangsverkehr gedacht. Auch müsste der Horizont bei den im Postulat erwähnten begleitenden Massnahmen bis zur Gitterli-Kreuzung erweitert werden. Seine Fraktion wird der Postulatsüberweisung zustimmen.

Werner Fischer (FDP) legt dar, auch die FDP-Fraktion werde der Überweisung des Vorstosses an den Stadtrat zustimmen. Bereits an dieser Stelle möchte er festhalten, dass seine Fraktion auf keinen Fall eine Totalsperrung von Strassen unterstützen würde.

Elisabeth Augstburger (CV/EVP/GLP) meint, dass es weitere Massnahmen beim Fussgängerstreifen beim Gestadeck-Schulhaus bedarf, sollte der Verkehr tatsächlich über den Kantinenweg geleitet werden.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) möchte doch vor blindem Aktionismus warnen, obwohl der Verkehr beim Bücheliplatz tatsächlich ein Problem ist. Er könnte sich mit massiven Massnahmen wie beispielsweise die Sperrung von Strassen usw. auch nicht anfreunden. Mit mildereren Massnahmen könnte beispielsweise bei der Kasernenstrasse vor dem Hotel Engel das Problem vielleicht auch gelöst werden, indem man den Rechtsabbieger durch eine Vortrittsberechtigung ersetzen würde.

Diego Stoll (SP) meint, dass die BPK schon mehrmals den Stadtrat betreffend der Prüfung von Neusignalisationen beim Bücheliplatz angesprochen hatte. Es steht auch nirgends im Postulat geschrieben, dass man den Bücheliplatz sperren will. Und wenn nun noch alle Partikularinteressen berücksichtigt werden sollen, so wird der stadträtliche Handlungsspielraum immer stärker eingeschränkt.

Stadtrat Peter Rohrbach dankt für all die guten Hinweise und teilt mit, dass bereits verschiedene erste Massnahmen umgesetzt und auch Vorabklärungen getroffen wurden. So sind von einer Arbeitsgruppe bereits Ideen entwickelt worden, wie der Fussgängerverkehr zwischen dem Stedtli und dem Manor verbessert und sicherer gemacht werden kann. Die Pflanzkübel beim Bücheliplatz werden nicht vom Besitzer des angrenzenden Restaurants verschoben und an dieser Stelle sei nochmals darauf hingewiesen, dass diese grundsätzlich den Zweck einer optischen Verkehrsberuhigungsmassnahme erfüllen sollen. Die geforderten Massnahmen beim Fussgängerstreifen beim Gestadeck-Schulhaus sind bereits mit einer Petition beim Stadtrat deponiert worden und werden vom Stadtbauamt noch weiter geprüft. Nebst der Umsetzung von kleineren Massnahmen werden weitere Abklärungen mit dem Kanton, den Busbetrieben usw. getroffen, um das Sicherheitsgefühl aller Verkehrsteilnehmer beim Bücheliplatz erhöhen zu können.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) kann feststellen, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren zum neuen Vorstoss angemeldet werden.

://: Einstimmig wird das Postulat Nr. 2013/83 an den Stadtrat überwiesen.

145 0.01.011.01 Einwohnerrat

11. Veloverkehr Tiergartenstrasse – Postulat betreffend Verkehrsführung Veloverkehr Tiergartenstrasse von Jürg Holinger namens der Grünen Fraktion (Nr. 2013/84)

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Grüne Fraktion
Jürg Holinger

Liestal, den 27. Oktober 2013

**Postulat
Verkehrsführung Veloverkehr Tiergartenstrasse**

Velofahrer, welche von der Oristalstrasse zum Rotackerschulhaus fahren, haben diese Möglichkeit dank einer vor einiger Zeit angepassten Signalisation.

Leider ist die gleiche Verbindung talwärts durch eine Einbahntafel an der Kreuzung Tiergartenstrasse/Widmannstrasse unterbunden. Diese Vorschrift wird aus leicht nachvollziehbaren Gründen meist missachtet, sehen doch die talwärts fahrenden Velofahrer keine Möglichkeit des Weiterkommens in Richtung Oristalstrasse. Das Trottoir und die neben den Parkfeldern übrig bleibende Fahrbahnbreite der Tiergartenstrasse sind zu schmal um ein Velo zu schieben.

Die Lösung muss darin bestehen, dass die 7 Parkfelder aufgehoben werden und die Strasse talwärts für Velofahrer geöffnet wird. Dies wird auch mehr Raum schaffen für den von und zum Gymnasium führenden Fussgängerverkehr. Zusätzlich ist die Tiergartenstrasse als Tempo 30-Zone zu markieren.

Die Einmündung in die Oristalstrasse ist durch eine Stoppsignalisation zu markieren.

Nach unsern Erhebungen sind die 7 Parkfelder fast durchgehend ganztags durch Benützer der SBB belegt. Diese finden auf dem für die Pendleranbindung vorgesehenen Wiedenhubparkplatz genügend Ersatzraum. Zusätzlich ist festzuhalten, dass die Wegfahrt von diesen PP sehr umständlich via Tiergarten-, Schulgarten und Sichertstrasse geschehen muss. Aus diesem Grund sind diese aufzuhebenden PP nicht attraktiv. Das an der Tiergarten und Oristalstrasse befindliche Gewerbe würde durch den Wegfall der PP nicht benachteiligt.

Wir bitten den Stadtrat zu prüfen ob und bis wann eine entsprechende Anpassung der Verkehrsführung umgesetzt werden kann.

Namens der grünen Fraktion

Jürg Holinger

* * * * *

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) möchte vom Stadtrat wissen, ob dieser das Postulat übernehmen möchte oder nicht.

Stadtrat Peter Rohrbach teilt mit, dass der Stadtrat bereit ist, das Postulat zu übernehmen. Dieser Vorstoss kann isoliert angegangen werden, da dieser nichts mit all den Diskussionen betreffend dem Verkehrskonzept 2014 zu tun hat.

Jürg Holinger (GL) dankt für die stadträtliche Zusage. Ziel ist es, dass man eine durchgehende Veloverbindung vom Rotackerquartier in die Oristalstrasse bekommt und dass für die Fussgänger eine sichere Ausgangslage geschaffen werden kann. Dass sieben Parkplätze wegfallen würden, ist eine unangenehme Nebenerscheinung. Ihm ist zwischenzeitlich auch klar geworden, weshalb die betreffenden Parkfelder für die Zugbenützer so beliebt sind, denn die Parkgebühren sind dort um die Hälfte billiger als bei den Wiedenhub-Parkplätzen. Unabhängig von seinem Vorstoss sollte man sich betreffend dem Ungleichgewicht der Parkergebühren im erwähnten Gebiet schon einmal Gedanken machen.

Pascal Porchet (FDP) sagt, er spreche sich gegen die Überweisung des Postulates, da eine Lösung ja nur mit der Aufhebung von 7 Parkfeldern möglich ist. Ausser der Tiergartenstrasse führen noch zwei weitere Wege vom Bahnhof zum Rotackerschulhaus, welche benützt werden könnten. Auch wollte der Stadtrat schon einmal verfügen, dass alle Einbahnstrassen für den Veloverkehr benutzt werden können, wogegen sich unter anderem auch die Anwohner der Tiergartenstrasse gewehrt hatten. Die Verkehrsteilnehmer haben sich bei der Tiergartenstrasse engagiert. Die sieben Parkfelder sind wertvoll und Massnahmen bei unterschiedlichen Gebührenansätzen drängen sich auf. Auch er spricht sich für einen besseren Verkehrsfluss für die Velofahrer aus, doch darf dies nicht mit der Aufhebung von Parkfeldern verknüpft werden.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) teilt mit, dass die Mittefraktion eine durchgehende Veloverbindung grundsätzliche eine gute Sache finde, doch soll dies nicht zu jedem Preis passieren. Der Preis der 7 wegfallenden Parkplätze ist viel zu hoch und deshalb macht eine Postulatsüberweisung auch keinen Sinn. In der Tiergartenstrasse ist eine weisse Zone mit Parkfeldern markiert. Die wegfallenden Parkplätze würden an den Wochenenden auch den Quartierbewohnern und Besuchern nicht mehr zur Verfügung stehen. Trotz Verbot wird die Tiergartenstrasse von Velofahrern bereits heute mit überhöhten Geschwindigkeiten befahren. Mit der jetzigen Regelung bringen auch die erwähnten Parkplätze Verkehrsberuhigungsmassnahmen mit sich. Mit dem Bahnhof-Neubau erfährt das ganze untere Gebiet eine Umgestaltung und dabei sollten zur gegebenen Zeit dann auch die Velowegverbindungen geprüft werden. Es sind total 8 gebührenpflichtige Parkplätze vorhanden, welche während der Woche sehr gut belegt sind. Gemäss gültigen Parkierungsverordnung belaufen sich die Gebühreneinnahmen auf rund CHF 14'500.-/Jahr und gemäss neuen Gebührenordnung hätte die Stadt gar Mindereinnahmen von rund CHF 45'000.-/Jahr an Parkergebühren in Kauf zu nehmen.

Markus Rudin (SVP) meint, die Vorredner hätten das Wichtigste schon gesagt, doch ist vermutlich nicht so genau recherchiert worden, denn bei einer maximalen Parkierzeit von 2 Stunden kann man theoretisch ja nicht den ganzen Tag mit der Bahn unterwegs sein. Die SVP-Fraktion ist gegen eine Überweisung des Postulates.

Jürg Holinger (GL) hält als Postulant betreffend dem Votum des SVP-Fraktionssprechers fest, dass bei den erwähnten Parkplätzen nicht nur für zwei Stunden, sondern unbeschränkt parkiert werden darf. Mit einem Postulat wird der Stadtrat gebeten, allfällige Massnahmen zu prüfen. Mit einer Umsetzung der vorgeschlagenen Massnahmen bzw. Lösung wären einige Argumente vom Tisch, welche vorgängig erwähnt wurden. Natürlich können mit einfachen Dreisatzrechnungen die theoretischen Einnahmen bzw. Verluste an Parkergebühren berechnet werden. Unberechenbar ist aber das Chaos bei Schulbeginn und Schulende, welches bei der Tiergartenstrasse täglich herrscht. Es ist nicht zwingend, dass für die Lösungsfindung die sieben Parkplätze aufzuheben sind, denn vielleicht gibt es noch Lösungsvarianten mit einer vernünftigen neuen Verkehrsführung, die dies nicht zwingend erforderlich machen. Eine bessere sowie sicherere Fussgänger- sowie Velofahrerverbindung ist das Ziel seines Postulates, welches vom Stadtrat zumindest geprüft werden sollte.

Peter Küng (SP) informiert darüber, dass seine Fraktion grossmehrheitlich eine Überweisung des Postulates unterstützt, damit der Lösungsvorschlag des Postulanten vom Stadtrat und Fachleuten zumindest geprüft werden kann.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) sagt, sie unterstütze als EVP-Mitglied das Postulat.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) kann feststellen, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren zum neuen Vorstoss angemeldet werden.

://: Das Postulat Nr. 2013/84 wird mit 16 Ja-Stimmen gegen 19 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen nicht an den Stadtrat überwiesen.

146 0.01.011.01 Einwohnerrat

12. KITAS – Interpellation „KITAS – wie weiter?“ von Erika Eichenberger der Grünen Fraktion und Patrick Mägli der SP-Fraktion (Nr. 2013/85)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

*Einwohnerrat Liestal
Erika Eichenberger, Grüne Fraktion
Patrick Mägli, SP-Fraktion*

**Interpellation
KITAS - wie weiter?**

Am 6. März 2013 hat der Einwohnerrat das Postulat 2013/38 „Familienergänzende Kinderbetreuung in KITAS auf Basis der Subjektfinanzierung“ an den Stadtrat überwiesen. Das Postulat verlangt, den Übergang von der Objektsubventionierung (Sunnewirbel) zur Subjektsubventionierung zu prüfen. Gleichzeitig sollen die Mittel für Kinderbetreuung im Vorschulbereich von heute CHF 200'000 auf CHF 300'000 moderat erhöht werden. Die Vertreterin des Stadtrates sicherte anlässlich der Überweisung zu, dass dem Einwohnerrat bald eine Vorlage unterbreitet wird.

Der Stadtrat wird nun aber offenbar im Jahre 2013 keine Vorlage mehr bringen. Es ist zu befürchten, dass durch das Schweigen des SR ein Vakuum auf dem Krippenmarkt entsteht und Krippen, welche in Liestal eröffnen wollten, wieder abspringen, wenn nicht die Stadt ein klares Zeichen setzt. So verzichtet das Momo vorläufig auf eine Eröffnung im Brunnmatt. Im Übrigen ist die bisherige Subventionierung eines einzelnen privaten Anbieters zumindest fragwürdig.

Wir bitten den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

- 1. Bis wann gedenkt der Stadtrat, gestützt auf das Postulat eine Vorlage zu unterbreiten?*
- 2. Auf welchen Zeitpunkt hin könnte aus heutiger Sicht der Wechsel von der Objektsubventionierung zur Subjektsubventionierung allenfalls vollzogen werden?*
- 3. Bis wann läuft die Leistungsvereinbarung mit dem Sunnewirbel?*
- 4. Welchen Betrag setzt der Stadtrat künftig für die Krippenfinanzierung (Entwicklungsplan) ein?*
- 5. Wie schätzt der Stadtrat die Lage auf dem Krippenmarkt ein?*

Liestal, 28.10.2013

Patrick Mägli Erika Eichenberger

** * * * **

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) informiert, dass die Interpellation von Stadträtin Marion Schafroth beantwortet wird.

Stadträtin Marion Schafroth nimmt zu den Fragen der Interpellanten Stellung:

Frage 1: Die stadträtliche Vorlage sollte bis im März 2014 vorliegen und wird sich an das Postulat Nr. 2013/38 anlehnen.

Frage 2: Der Wechsel sollte auf Anfang 2015 möglich sein.

Frage 3: Die Leistungsvereinbarung mit dem Sunnewirbel läuft Ende 2014 aus.

Frage 4: Im Entwicklungsplan sind ab dem Jahre 2015 jährlich CHF 300'000.-- eingestellt.

Frage 5: Im laufenden Jahr sind einige Tagesstätten aufgegangen und im Moment kann man von einem Überangebot sprechen, doch mittelfristig ist der Bedarf sicher gegeben.

Die Betreuung im Vorschulalter umfasst nicht nur die Kindertagesstätten und so ist für die weitere Zusammenarbeit mit dem Verein Tagesfamilien Oberes Baselbiet VTOB weiterhin jährlich CHF 70'000.-- im Entwicklungsplan eingesetzt.

Patrick Mägli (SP) dankt als Interpellant für die stadträtlichen Antworten und wünscht die Diskussion.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) kann feststellen, dass sich niemand aus dem Rat gegen die Diskussion ausspricht.

Patrick Mägli (SP) findet es gut, dass der Stadtrat vorwärts machen will. Es ist wichtig, dass Liestal im Bereich der Kinderbetreuung den Nachholbedarf im Vergleich mit anderen vergleichbaren Gemeinden der Region wettmacht. Viele Eltern stehen begrenzt Mittel zur Verfügung und sind deshalb auf Angebote im Frühbereich angewiesen. Auch die Umstellung auf die Subjektfinanzierung ist ein wichtiges Zeichen für die verschiedenen Anbieter einer Kinderbetreuung. Ein möglichst breites Betreuungsangebot ist begrüssenswert. Auffallend ist, dass für die Tagesstrukturen der Bildungsbereich und für die Unterstützungen im Frühbereich der Bereich Sicherheit und Soziales verantwortlich zeichnen. Der Stadtrat sollte sich vielleicht einmal überlegen, ob denn die Kinderbetreuung aller Bereiche nicht nur einem Departement zugeordnet werden könnte. Dies würde sicher Sinn machen und wäre bestimmt auch kundenfreundlicher.

Erika Eichenberger (GL) findet als Mitunterzeichnerin der Interpellation die Idee gut, dass für die Kinderbetreuung nur ein Bereich verantwortlich zeichnen würde. Wenn die stadträtliche Vorlage bis im März 2014 vorliegt, bleibt noch genügend Zeit für den politischen Prozess, damit dann der Start ab 2015 möglich ist. Die Kindertagesstätte „Momo“ hat aus Kostengründen die familienergänzende Kinderbetreuung vorderhand zurückgestellt. Es ist die einzige Krippe, in welcher Kinder auch nur für 1 Tag pro Woche gebracht werden können. Vom Stadtrat sollten deshalb die diesbezüglichen Signale auch nach aussen geschickt und betreffend dem Start im 2015 informiert werden, damit sich alle Beteiligten darauf einstellen und entsprechend organisieren können.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) möchte wissen, ob denn die Leistungsvereinbarung mit dem VTOB ebenfalls Ende 2013 auslaufen wird?

Stadträtin Marion Schafroth erklärt, dass die jährlichen Beiträge an den VTOB von CHF 70'000.-- nicht neu sind. Der Vertrag mit dem VTOB ist unbefristet und die Frage betreffend der Kündigungsfrist kann sie aus dem Stegreif nicht beantworten.

Elisabeth Augustburger (CVP/EVP/GLP) dankt dem Stadtrat für die erfreulichen Antworten. Kürzlich hatte ihr eine Mitgründerin der Tagesstätte „Copin“ mitgeteilt, dass sie eines ihrer Kinder verlieren wird, da die Mutter einen subventionierten Platz bekommen habe. Der Wechsel von der Objekt- auf die Subjektfinanzierung ist zu begrüssen.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) kann feststellen, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren aus dem Rat angemeldet werden.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2013/85.

NEUE VORSTÖSSE - Begründung

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) erklärt, dass Ratsmitglieder, welche neue Motionen und/oder Postulate eingereicht hatten, diese gemäss § 44 des Geschäftsreglementes am Schluss der heutigen Ratssitzung noch mündlich begründet können.
Er kann feststellen, dass von den Interpellanten und Postulanten keine Wortbegehren angemeldet werden.

* * * * *

Schluss der Sitzung: 20.35 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Hanspeter Stoll

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann